

Correspondent

Er scheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 20. Juni 1905.

№ 70.

Wir protestieren!

Unter dieser Ueberschrift bringt die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ einen Artikel, den wir fast vollinhaltlich unterschreiben können und der beweist, daß nicht die „Leipziger Luft“ es war, die uns oft in ähnlichem Sinne zu einer Abwehr drängte. Wir geben diesen Artikel ungekürzt wieder. Er lautet:

Zu allem kann und darf ein Gewerkschaftler nicht stillschweigen, wenn er auf seine persönliche Ehre auch nur ein wenig Gewicht legt. Wir wollen übersehen, daß einige Parteiblätter (durchaus nicht alle) die Gewerkschaftsdelegierten wie dumme Jungen abkanzeln, von „Berachtung der Theorie“, „glänzender Borniertheit“, „schäfer Rederei“ u. s. w. reden, in höhnischer Weise den Gewerkschaftsführern, die eine jahrzehntelange opferreiche und erfolgreiche Arbeit hinter sich haben, den Rat geben, mehr den Statutpassus zu beachten, der von der „geistigen Hebung der Mitglieder“ spricht. Wir sind von unseren Grubenkönigen gewöhnt, die Arbeiter als „zu dumm“, zu wenig „theoretisch vorgebildet“ abgewiesen zu sehen, selbst dann, wenn, wie bei der Grubeninspektion, eine tüchtige Praxis zur Ausübung der Funktion vorzüglich geeignet macht. In der Sache ist es natürlich ganz egal, ob uns ein „theoretisch“ gebildeter Bourgeoispröbling, der im Bourgeoislager steht, Dummpfopf schilt, oder ob dies ein „Theoretiker“ bejagt, der aus dem Bourgeoislager in die „Arbeiterbewegung“ überfiedelte und hier den einzig echten Verzapper „unverfälschter proletarischer“ Gesinnung spielt. Wir besitzen Humor genug, um uns über diese „proletarischen Gesinnungsathleten“ zu amüsieren.

Wogegen wir aber protestieren müssen, das ist der von einigen Parteiblättern demagogisch unternommene Versuch, die „Masse“ gegen die „Führer“ aufzuheben, indem man den Mitgliedern ihre gewählten Organisationsleiter als Personen denunziert, die sozusagen ihre persönliche Wohlbehagen den Bedürfnissen der Arbeiterbewegung voranstellen. Dieser „Appell an die schwelge Faust“ entbehrt allerdings auch nicht ganz der Komik, wenn man weiß, welche Leute vorzüglich sich berufen fühlen, die ohne Ausnahme der Arbeiterklasse (das Wort im engsten Sinne genommen) angehörenden „Gewerkschaftsbeamten“ auf den „richtigen Weg“ des proletarischen Kampfes zurückzubringen. Daß die **Auflösung der gewerkschaftlichen Disziplin**, d. h. der **Zerfall der Gewerkschaften** schließlich die Folge solcher „Appellationen“ sein kann, mag freilich diejenigen „Theoretiker“ nicht stören, die in der Gewerkschaftstätigkeit nur „Euphoriearbeit“ (nutzlose, zwecklose Arbeit) erblicken. Aber wir Arbeiter werden unsere gewerkschaftlichen Organisationen gegen jeden Angriff verteidigen, mag er kommen, woher er will.

Wir lesen in der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 129, 2. Beilage, einen sehr beachtenswerten Artikel über zwei Gewerkschaftsversammlungen (Holzarbeiter und Metallarbeiter) in Leipzig, die absäglich, ganz im Sinne der „Leipziger Volkszeitung“, den Kongreß in Köln beurteilen. Das ist das gute Recht der Gewerkschaftsmitglieder. Aber die Randbemerkungen, die die „Leipziger Volkszeitung“ an die Versammlungen knüpft, verraten in glücklicher Weise wessen sich die Gewerkschaften zu erfreuen haben. Das Blatt schreibt:

„Das war kein Gewerkschaftskongreß, das war ein **Kongreß von Gewerkschaftsbeamten!** rief Genosse Lehmann unter starkem Beifalle aus und viele der Diskussionsredner kamen auf diesen Punkt wieder zurück. Dieser **Protest** gegen die allmählich aufkommende **Gewerkschaftsbureaucratie** dünkt uns ein **sehr gutes Zeichen** für den gesunden Sinn zu sein, der auch heute noch in dem überwiegenden Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter herrscht. . . Wir können mit dem Verlaufe der gestrigen Versammlung ebenso zufrieden sein, wie mit der Stimmung, die in der Metallarbeiterversammlung zum Ausdruck kam.“

Somit wird es in der Arbeiterbewegung durchaus nicht unangenehm empfunden, wenn nach Kongressen „Anstimmigkeiten“ obwalten. Setzt sind wir glücklich so weit, daß

Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaftsangehörigen benutzt werden, um die Gewerkschaftler gegeneinander zu heizen. Nebenbei gesagt sind die „Gewerkschaftsbeamten“ auch Gewerkschaftsmitglieder; auch stehen die „Führer“ mit ihrer „Borniertheit“ nicht allein, sondern sie sind gewählt von der Mitgliedschaft, müssen also doch wohl die Ansicht mindestens der Mehrheit vertreten. Sollten die Hegeleyen sich fortsetzen und dadurch die Geschmähten zur energischen Gegenwehr gezwungen werden, dann können die „Literaten“ noch ihr blaues Wunder erleben. Die Wendung von der „Gewerkschaftsbureaucratie“, die das frische Gewerkschaftsleben ihren „krämerhaften“, egoistischen Interessen zu Tode einschränken will, muß bei den Lesern die Empfindung wecken, die „Gewerkschaftsbeamten“ hätten ihren fetten Posten, befänden sich „in gehobener Lebensstellung“ und hemmten wie die offizielle Bureaucratie den Fortschritt der Freiheitsbewegung. Noch ein Schritt weiter und wir sind bei den in der bürgerlichen Presse so oft zitierten „Bürokraten“ und bezahlten „Agitatoren“ angekommen, für die keine sachlichen, sondern persönliche Motive Richtschnur ihres Handelns sein sollen. Wenn die Grubenbarone einen Bergmann maßregeln, er dann vom Verbandsamt als Beamter angestellt wird, dann ist er für die Unternehmer „kein Bergmann mehr“, sondern ein „betriebsfremder Agitator“. Wehlich so wird jetzt versucht, die „Gewerkschaftsbeamten“ als „bornierte“, „Bureaucrat“ und der „proletarischen Bewegung“ fremd geworden hinzustellen. In den letzten Jahren, nachdem die Gewerkschaften sehr erstarbten, ist diese Teilung zwischen „bornierte Führer“ und „mit unverfälschtem Klasseninstinkt“ begabter Mitgliedschaft wiederholt „theoretisch“ dargestellt worden. Nunmehr soll aber „praktisch“ der „Sebel“ angelegt werden, mit „Besriedigung“ wird die „gesunde Reaktion“ begrüßt.

Wir protestieren entschieden gegen diesen Verdächtigungselbzug und warnen diejenigen, die ihn führen! Genügen den Gewerkschaftsmitgliedern ihre „Führer“ nicht, gut, so wählt man sie einfach nicht wieder. Die „Gewerkschaftsbureaucrat“ sind keine Leber, sie haben durchweg ein ehrliches Handwerk erlernt und können es auch, wenn es nötig ist, wieder ausüben. Wir halten es für selbstverständlich, daß nur das Vertrauen der Mitglieder die Gewerkschaftsbeamten in ihrer Stellung erhalten kann. Darum verbitten wir uns entschieden Verdächtigungen und Beschimpfungen, zumal von „Literaten“, deren Haupttätigkeit bisher darin bestand, unauffällig „theoretischen“ Zanf und Spektakel innerhalb der Arbeiterbewegung zu machen!

Dieser oft bitter beklagte Zustand erklärt ohne weiteres, warum unser Freund Bömelburg von gewissen „Literaten“ nicht viel hält, woher der Widerwille weiter Arbeiterkreise gegen „Akademiker“ stammt. Kein Gewerkschaftsführer ist ein „bornierter“ Redner der Theorie“, wir alle sind Verehrer unserer großen Theoretiker und bemühen uns, sie zu verstehen. Wie wäre denn sonst die deutsche Arbeiterbewegung so weit gekommen? Sind doch die Gewerkschaftler die Kerntuppen der Bewegung. Also möchte man sich gefälligst in der Herabsetzung der „bornierten“ Gewerkschaftler, im andern Falle mühte den „Literaten“ recht deutlich begrifflich gemacht werden, wie das Wort zu verstehen ist: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Auch die „Holzarbeiterzeitung“ beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit und schreibt:

„Die Gewerkschaftspresse äußert, soweit sie zu den Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses Stellung genommen hat, im großen ganzen ihre Zustimmung zu denselben. Die absägligen Urteile der Parteipresse übergeht sie mit Schweigen, wohl nach dem Grundsatz, den sie in dieser Beziehung stets beobachtet hat: „Läßt schwätzen“. Wir halten das nicht für richtig. Gegenüber solchen Angriffen, gegen eine solche Behandlung, wie sie den Gewerkschaften von einzelnen Parteiblättern zuteil wird, sollten wir doch Stellung nehmen. Das verlangt unser Ansehen und unsere Ehre.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ drückt diese Aeußerung ab und schreibt dazu: „Solche Aeußerungen kommentiert man nicht, man hängt sie bloß niedriger.“ Sehr richtig, weshalb wir diese Bemerkung der „Leipziger Volkszeitung“ auch gesperrt wiedergeben. Wir weisen nicht daran, daß die Proteste der „Bergarbeiter-Zeitung“ und der „Holzarbeiterzeitung“ keinen Widerhall in den betreffenden Kreisen finden werden — da kennen wir die Verhältnisse denn doch zu gut —, aber symptomatisch ist diese Protestbewegung, da die unverantwortlichen Hegeleyen mancher Parteiblätter selbst sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unerträglich werden. Für uns ist das eine Genugtuung, denn bis jetzt sind wir es in der Gewerkschaftsbewegung allein gewesen, die es wagten, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften einzutreten. Dafür wurden wir zwar weidlich beschimpft, aber recht hatten wir doch.

Kriegserklärung

war ein Flugblatt überschrieben, das die christlichen Arbeiter und „Bürger“ München-Glabachs zu einer seitens des christlichen Gewerkschaftskartells einberufenen Versammlung einlud, in der „flammender Protest“ eingelegt werden soll gegen die Angriffe des „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftskongresses auf die christliche Arbeiterbewegung. Referenten waren der Vorsitzende des christlichen Gesamtverbandes, Herr Schiffer, und der Arbeitersekretär, Stadtverordnete und Reichstagsabgeordneter (Eisen-Ruhr) Herr Wiesberts. Von beiden Rednern wurde die von den freien Gewerkschaften bisher geleistete Arbeit, die von ihren Mitgliedern stets beweiene Opferwilligkeit anerkannt — entgegen der sonst in christlichen Versammlungen vielfach beliebten Agitationsweise. Aber daß die freien Gewerkschaften die christliche Bewegung niemals als existenzbedrohlich ansehen werden, das ist es, wogegen man mit aller Macht (d. h. für diesmal mit einer langatmigen, fünfundsundzwanzigseitigen Resolution) protestiert.

Und doch muß dieser Auspruch Legiens von jedem freien Gewerkschaftler unbedingt anerkannt werden.

Was aber von jedem freien Gewerkschaftler, unbeschadet seiner politischen Anschauung, unbedingt zurückzuweisen ist, das ist die in der Phrase „Sozialdemokratie und Gewerkschaft sind eins“ sich äußernde Taktik. Mit dieser Taktik hätte unser Verband nicht so an Ausdehnung gewonnen, daß er nahezu 93 Proz. sämtlicher Berufsangehöriger umfaßt (der Maurerverband z. B. nur 54 Proz., Herr Bömelburg!). Mit dieser Taktik würde die Mitgliederzahl gerade des Gauces Rheinlands-Westfalen nicht in zwölf Jahren sich nahezu verdreifacht, im letzten Jahre allein um etwa 500 zugenommen haben. Nur strikteste politische und religiöse Neutralität haben uns bisher vor christlicher Konkurrenz bewahrt. Haben sich auch einige christliche Eiferer gefunden: diese faulen Sprüchlinge schämt man in gegemender Weise glatt vom ferngekommenen Stamme ab; lieber mußte bei einem zweimal angelegten werden. Das Gros aber unserer rheinischen Verbandsmitglieder hält einen „christlichen“ Buchdruckerverband vor wie nach für vollständig überflüssig; Voraussetzung aber ist und bleibt: Beibehaltung der bisherigen Marschroute, Achtung vor der politischen und religiösen Ueberzeugung aller Mitglieder.

Der christlichen Bewegung wurde von Legien in Köln in seiner Eröffnungsrede mit dem Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Gewerkschaft und Sozialdemokratie ein Agitationsbrünnlein aufgedeckt, das sobald nicht versiegen wird. Und Ausprüche, wie z. B.: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind“ — wozu geschaffen sie? Mühen sie etwa den Gewerkschaften, d. h. den trotz Legien und Bömelburg neutralen Gewerkschaften? Nein, Nutzen davon haben einzig und allein die christlichen Agitatoren, denen damit der schönste Agitationsstoff geliefert wurde.

Und wenn Barthels sagt: „... wir sind auf dem besten Wege, die Hochburg der christlichen Arbeiterbewegung zu erobern“ — er habe nun Recht oder nicht — warum in aller Welt diese Provokationen! Denn als Provokation („Ummantlung“, „Umschmückung“, „das ist der Gipfelpunkt“, heißt's in der „Kriegserklärung“) wird das alles, von den christlichen Führern geschmackvoll garniert, seitens ihrer Gefolgschaft aufgefacht.

Und wo waren auf dem Kongresse diejenigen, die sonst immer für strikte Neutralität der Gewerkschaften eintraten bzw. durch ihre Organe eintreten lassen? Warum wurde gegen die oben zitierten Ansprüche nicht protestiert? („Die Führer der größeren Gewerkschaften, selbst Döblich, wagten es nicht, gegen diesen Anspruch zu protestieren!“). Wo waren denn die rheinischen Delegierten, die die Verhältnisse in dieser Ecke Deutschlands genau aus eigener Anschauung kennen müssen? Die auch wissen müssen, daß wir der gerade hier am stärksten auftretenden christlich-graphischen Gewerkschaftsbildung nur auf grund unserer vollständig neutralen Gewerkschaftspolitik bisher erfolgreich entgegenzutreten konnten! Es wird wieder schwerer Arbeit bedürfen, bis die Scharte, die unsern Schwerte von den eignen Genossen in Köln geschlagen wurde, wieder ausgeweht ist.

Auf die christliche Protestversammlung zurückkommend, sei noch eine Aeußerung Wiesberts erwähnt: Es dürfe keinesfalls geschehen, daß in M.-Gl. Labrad unter den Augen der Christlichen die freien Gewerkschaften Zahlstellen errichten! Gut gebrüllt, Löwe! Wir Freien werden uns also schleunigst „auflösen“, um der Gefahr zu entgehen, aus lauter christlicher Nächstenliebe von euch Patenschwestern aufge-gessen zu werden.

In der Diskussion unternahm Dr. Meffert den vergeblichen Versuch, den Vorwurf, daß die christlichen Gewerkschaften den freien immer in den Rücken fielen, zurückzuweisen. Will uns Dr. Meffert etwa plausibel machen, er habe nicht gewußt, daß das in der Versammlungslotale verzapfte Bier aus einer hochkottierten Brauerei stammt? Ist ihm nun klar, warum die „Begner“ so ostentativ dieser Farce einer stammenden Protestversammlung fern blieben! Wieviel christliche Arbeiter soll ich bringen, welche gegen die Wahl gerade dieses Lokales murrieten!

Und wenn ein Herr — „oft von Brausebuden Weisalle unterbrochen“ — die volle Zustimmung auch „der“ evangelischen Arbeiter zu gemeinsamer Arbeit in den christlichen Gewerkschaften erklärt — ja, meine Herren Oberchristen, die Trauben hängen doch noch etwas zu hoch; die Gefolgschaft dieses Herrn (B.) in dieser Frage läßt sich bequem an zwei Händen abzählen. Noch sind die evangelischen Arbeiter nicht gewillt, sich ihnen mit Haut und Haaren zu verkaufen. Warum? — Darum! Kapiert? M.-Gl. —sen.

Zur Generalversammlung.

Da es nicht jedem Kollegen beschieden ist, in lebenslänglicher Kondition zu stehen, erwächst diesen durch die Nichteingührung des Gauzuschusses und Gegenseitigkeit ein bedeutender Schaden, von welchem die Verheirateten am meisten betroffen werden. Und gerade der Gau Bayern vertritt hier einen abnehmenden Standpunkt, da sämtliche Anträge auf Wiedereingührung des Gauzuschusses und Abschluß von Gegenseitigkeit mit anderen Gauen anzutreiben abgelehnt wurden.

Hier am Orte muß ein wöchentlicher Beitrag von 15 Pf. an die Ortszuschüsse geleistet werden. Dafür erhalten wir laut Ortsstatut bei Arbeitslosigkeit nach Leistung von 75 Verbands- und 26 Ortsbeiträgen einen Zuschuß von 25 Pf. pro Tag.

Ich glaube, daß mit 15 Pf. wöchentlichem Beitrage in allen Gauen ein Anschluß zur Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden kann, und zwar ohne eine Beitrags-erhöhung.

Ich richte daher an die Herren Delegierten die dringende Bitte, für die Einführung des Gauzuschusses und Gegenseitigkeit in allen Gauen einzutreten.

Regensburg. A. B.

Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen.

Reform der deutschen Arbeiterversicherungsgesetze.

Die im vorigen Jahre in München abgehaltene Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen des Deutschen Reichs, bei welcher 168 Ortskrankenkassen mit 2527796 Mitgliedern vertreten waren, beauftragte die geschäftsführende Kasse in Dresden, den gesetzgebenden Körperschaften eine Zusammenstellung derjenigen Vorschläge zu unterbreiten, welche aus Rassenreisen für die beabsichtigte Abänderung bzw. Zusammenlegung der Arbeiterversicherungsgesetze gemacht wurden. Diesem Auftrage entsprechend, hat die Ortskrankenkasse Dresden mit der Berliner Zentralkommission die Vorschläge in Gestalt einer Petition an den Reichstag und die Regierung gelangen lassen.

Nach dieser Petition sollen in Zukunft versichert werden gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter alle gegen Gehalt, Lohn, Naturalbezüge oder sonstiges Entgelt beschäftigten Personen, deren Jahreseinkommen aus dem Arbeitsverdienste die Summe von 3000 M. nicht übersteigt, mit Ausnahme derjenigen vom Reich, einem Bundesstaate oder einer Gemeinde beschäf-

tigten Personen, welchen ihrem Arbeitgeber gegenüber eine dieser Versicherungen entsprechende oder gleichwertige Fürsorge gewährleistet ist.

Der Versicherungspflicht sollen auch selbständige Gewerbetreibende und Landwirte mit einem Jahreseinkommen bis zu 3000 M. unterliegen. Für diese gilt das zur Staatssteuer eingezahlte Jahreseinkommen als Jahreseinkommen.

Die Mindestleistungen der Versicherung sollen nun bestehen:

1. im Falle der Krankheit ohne Rücksicht auf die Ursache derselben, vom Erkrankungsstage ab bis zum Eintritte der Heilung oder der Feststellung eines dauernden, nicht mehr zu bessernden Zustandes längstens aber bis zur Dauer eines Jahres

a) in freier ärztlicher Behandlung, Arznei, Brillen, Bruchbänder und sonstigen Heilmitteln, soweit dieselben zur Erreichung des Kurzweckes bzw. zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit erforderlich sind;

b) im Falle der Erwerbsunfähigkeit in einem Krankengeld im Mindestbetrage von zwei Drittel des Tagesdurchschnittsverdienstes;

c) im Todesfalle in einem Sterbegelde im Mindestbetrage des dreifachen Tagesdurchschnittsverdienstes, jedoch nicht unter 50 M.;

d) im Falle der Krankheit von Familienangehörigen in freier ärztlicher Behandlung und Arznei bis zur Dauer von 6 Monaten und im Todesfalle von Familienangehörigen in einem Sterbegelde;

2. a) für versicherungspflichtige Schwangere in einer der Wöchnerinnenunterstützung gleichen Unterstützung wegen der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Gesamtdauer von 6 Wochen. Auch sollen die erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden sowohl wie auch bei der Entbindung gewährt werden;

b) im Falle der Entbindung einer Versicherten in einer Wöchnerinnenunterstützung in Höhe des Krankengeldes für die Dauer von 6 Wochen.

Personen, welche infolge eintretender Erwerbslosigkeit aus der Versicherung ausscheiden, soll der volle Anspruch auf Krankenunterstützung verbleiben für einen Unterstütsungsfall, der innerhalb eines Zeitraumes von 6 Wochen nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung eintritt.

3. im Falle eines Unfalles, mag derselbe durch die Gefahren der Erwerbstätigkeit oder des gewöhnlichen Lebens verursacht sein, wobei chronische Gewerbetrankeheiten als Folgen von Betriebsunfällen anzusehen sind, a) von Beendigung des ersten Heilverfahrens, bzw. von Eintritt eines Dauerzustandes ab,

bei völliger Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer in einer an den Versicherten zu zahlenden Rente in Höhe von 75 Proz. des letzten Durchschnittsverdienstes, bei völliger Hilflosigkeit des Versicherten aber in Höhe von 100 Proz. des letzten Durchschnittsverdienstes,

bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit in einem das Maß der verbleibenden Erwerbsfähigkeit berücksichtigenden Bruchteile der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit;

b) in dem zur Beseitigung oder zur Binderung der Unfallfolgen wiederholt erforderlich werdenden Heilverfahren einschließlic der zur Sicherung des Kurverfolges oder zur Wiederherstellung und Erhaltung der Erwerbsfähigkeit erforderlichen Hilfsmittel;

c) bei Tötung des Versicherten an die Hinterbliebenen aa) als Ertrag der Beerdigungskosten in dem Dreifachen des auf den Arbeitstag berechneten Durchschnittsverdienstes, jedoch mindestens 60 M.;

bb) vom Todestage ab in einer Rente für die Witwe bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung von 30 Proz. sowie für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgeletem 16. Lebensjahre von je 20 Proz. des Jahresdurchschnittsverdienstes, jedoch mit der Maßgabe, daß insgesamt nicht mehr als 70 Proz. des Jahresdurchschnittsverdienstes als Hinterbliebenenrente gewährt werden.

Zu Falle der Wiederverheiratung soll die Witwe mit dem dreifachen Jahresbetrage ihrer Rente abgefunden werden.

Bei allen Unfallentschädigungen soll mindestens der 300fache Betrag des ortszüchtigen Tagelohnes erwachsener männlicher bzw. weiblicher Tagearbeiter und bei jugendlichen Unfallverletzten vom Eintritte der Grobjährigkeit ab der Jahreseinkommenverdienst gleichartiger großjähriger Arbeiter der Berechnung zugrunde gelegt werden.

4. im Falle der nicht durch einen Unfall hervorgerufenen Invalidität in einer Rente von 50 Proz. des Jahreseinkommensverdienstes, welche bei völliger Hilflosigkeit bis auf 100 Proz. desselben zu erhöhen ist. Diese Rente muß mindestens 200 Mark für das Jahr betragen.

Invalidität soll angenommen werden, wenn nach Erfüllung einer zu bestimmenden Wartezeit bzw. nachgewiesener versicherungspflichtiger Beschäftigung der Versicherte infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht mehr in stande ist, durch eine seinen

Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit mehr als die Hälfte des Betrages zu verdienen, den ein gesunder Arbeiter des gleichen Berufes in derselben Gegend zu dieser Zeit jährlich verdient. Invalidenrente soll auch derjenige nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte erhalten, welcher während sechsundzwanzig Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer der Erwerbsunfähigkeit.

5. Versicherte, welche das 65. Lebensjahr zurückgelegt haben, sollen, auch ohne daß es des Nachweises der Erwerbsunfähigkeit bedarf, eine Altersrente erhalten, welche 20 Proz. des für die Versicherung maßgebend gewesenen Jahresdurchschnittsverdienstes, mindestens aber 150 Mark jährlich betragen soll.

Hiernach sind für alle drei Versicherungsträger erhebliche Mehrleistungen vorgesehen, und, was die Hauptsache ist, alle Personen ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes sollen, sofern der Verdienst nicht über 3000 Mark jährlich hinausgeht, der Versicherung unterliegen. Bisher spielte die Höhe des Lohnes für die dem Versicherungszwange unterworfenen Arbeiter keine Rolle. Nun ist, daß der Versicherungszwang auf alle selbständige Gewerbetreibende und Landwirte bis zu 3000 Mark Einkommen eingeführt werden soll.

Sollten die Reformvorschläge jemals Gesetzeskraft erlangen, was natürlich in vorliegender Fassung auf absehbare Zeit hinaus ausgeschlossen ist, so müßte bei der Krankenversicherung, wie es die Petition auch vorseht, mit den verschiedenen Kasseneinrichtungen ausgeräumt werden. Den bestehenden Gemeinde-, Betriebs-, Zünfts- und Knappschaftskassen, ja selbst den meisten freien Hilfskassen braucht man keine Arbeiter nachzuweisen. Während bei der Krankenversicherung heute wenigstens die Hälfte des ortszüchtigen Tagelohnes resp. des für die betreffende Krankenkasse maßgebenden durchschnittlichen Tagelohnes als Krankengeld gewährt werden muß, sieht der Entwurf zwei Drittel des Tagesdurchschnittsverdienstes als Krankengeld vor, ebenso soll das Sterbegeld erhöht, die Familienunterstützung allgemein eingeführt werden usw.

Die Invalidenrente sollen ebenfalls erhöht werden, zumal die gegenwärtige Höhe der Invaliden- und Altersrenten ganz unzureichend sind. Invalidität soll später schon angenommen werden, wenn nach Erfüllung der Wartezeit der Versicherte zur Hälfte arbeitsunfähig geworden ist, während er jetzt zu zwei Drittel arbeitsunfähig sein muß. — Altersrente soll anstatt wie jetzt vom 70., schon vom 65. Jahre ab gezahlt werden.

Die Unfallrenten endlich sollen auch eine Erhöhung erfahren. Während jetzt die Rente nach 60 Proz. des ermittelten Lohnes berechnet werden, ist in Zukunft 75 Proz. in Anrechnung kommen. Während jetzt der 1500 M. übersteigende Betrag nur zu einem Drittel in Anrechnung kam, soll die Verdienstgrenze von 1500 Mark ganz in Wegfall kommen. Im Falle des Todes soll außer der Erhöhung des Sterbegeldes der Witwen anstatt 20 Proz. in Zukunft 30 Proz. Rente gewährt werden, ebenso soll, wenn Kinder in Betracht kommen, die Gesamthinterbliebenenrente anstatt 60 Proz. später 70 Proz. betragen dürfen. Entschädigt sollen nicht allein Betriebsunfälle werden, sondern jeder Unfall, mag derselbe durch die Gefahren der Erwerbstätigkeit oder des gewöhnlichen Lebens verursacht sein, wobei chronische Gewerbetrankeheiten (für Buchdrucker käme hier die Meitrankeheit in Betracht) als Folgen von Betriebsunfällen anzusehen sind.

Als Trägerin der ganzen Einrichtung sollten unter Aufhebung der jetzt bestehenden Krankenkassen, Berufs- und Betriebskassen, Invalidenversicherungsanstalten und besonderen Kasseneinrichtungen allgemeine Versicherungsanstalten errichtet werden, welchen bestimmte, räumlich abgegrenzte Bezirke mit nicht unter 100000 Einwohnern zuzuwiesen sind. Die Versicherungsanstalten sollen, auch als Organe für die künftige Witwen- und Waisenversorgung und für die künftige Arbeitslosenversicherung vorgesehen werden. Endlich sollen sich die Versicherungsanstalten noch an der Beratung und Förderung allgemeiner hygienischer bzw. die Arbeiterversicherung betreffender Fragen beteiligen sowie Vorschriften über Unfallverhütung erlassen.

Die Leitung und Verwaltung der Versicherungsanstalt soll dem Vorstände und der Generalversammlung zustehen, welche beide zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber, zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeitnehmer zu bestehen haben. (Bisher war dieser Modus nur für die Krankenkassen maßgebend, während die Arbeitnehmer bei der Verwaltung der Unfallversicherung gar nicht, bei den Vorständen der Invalidenversicherungsanstalten nur mit 1 bis 3 Versicherte in Betracht kommen, und diese werden auch nicht einmal zu allen Sitzungen herangezogen.) Gegen die Verteilung der Stimm- und Verwaltungsbefugnisse werden sich zweifellos Regierung und Unternehmer wehren, so daß die Vorlage in dieser Form sehr wenig Aussicht hat, Gesetz zu werden, trotzdem die Versicherten bei Sozialgesetzgebung am meisten interessiert sind, und ihnen schon aus diesem Grunde eine stärkere Vertretung in der Verwaltung zugesichert werden müsse.

Die Aufbringung der Mittel ist in der Weise vorgesehen, daß Arbeitgeber und Versicherte die laufenden Beiträge zu gleichen Teilen zahlen sollen. Hiermit dürften Regierung und Unternehmer schon eher einverstanden sein. Zu befürchten ist aber, daß bei der Geldierung der Beiträge Regierung und Unternehmer auch sofort den Vorschlag machen werden, daß in Zukunft

Arbeitgeber und Versicherte je zur Hälfte an der Bewältigung beteiligt sein sollen. Dazu dann noch der seinerzeit für die Krankenkassen vom Regierungsrat Hoffmann vorgelegene Beamte als Vorsitzender und mit der Selbstverwaltung ist es aus. Zu dem seit Anfang Mai neu erscheinenden „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ Verlag von Dr. Schnapper-Frankfurt, nimmt in Nr. 3 Stadtrat Frankenberg-Braunschweig Stellung zu dem neuen Entwurfe. Er schlägt zur Leitung resp. Verwaltung Arbeitgeber und Versicherte in gleicher Zahl unter Leitung eines von der Behörde ernannten Beamten vor, wie dies bei den Schiedsgerichten der Arbeiterversicherung, den Gewerbes- und Kaufmannsgerichten usw. der Fall sei und meint dann noch, daß dies einen gerechteren (?), zweckmäßigeren Ausgleich gäbe.

Für die Bemessung der Beiträge sollen Lohnklassen eingerichtet werden, denen die Versicherten ihrem durchschnittlichen Verdienste entsprechend zuzuteilen sind. Diese Lohnklassen sollen den Mindestbetrag von 300 Mk. und den Höchstbetrag von 3000 Mk. umfassen.

Als Aufsichtsbehörde über die Versicherungsanstalten sollen die höheren Verwaltungsbehörden in deren Bezirk die Anstalten ihren Sitz haben, in Betracht kommen. Die Amtsbefugnisse sollen sich auf die Überwachung der Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften beschränken. Wegen die Anordnung der Aufsichtsbefugnisse soll das Verwaltungsverfahren mit der Maßgabe zulässig sein, daß als letzte Instanz das Reichsversicherungsamt in Betracht käme.

Streitigkeiten bezüglich des Versicherungsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einerseits und der Versicherungsanstalt andererseits sollen durch das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in seiner bisherigen Zusammenfassung entschieden werden. Für die Entscheidung über Krankenunterstützungsansprüche soll ein beschleunigtes Verfahren vor dem Schiedsgerichte eingeführt werden. Wegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes soll innerhalb eines Monats nach deren Zustellung die Einlegung des Rekurses beim Reichsversicherungsamt zulässig sei.

Uebergangsbestimmungen sehen zum Schluß noch vor, daß bei Einrichtung der vorgesehenen Versicherungsanstalten das Vermögen aller aufgehobenen Krankenkassen auf erstere übergehen und ferner, daß das Vermögen der Berufsgenossenschaften und jetzigen Landesversicherungsanstalten zunächst auf das Reichsversicherungsamt übergehen soll usw.

Die Petition dürfte in der Hauptsache die in den beteiligten Kreisen, namentlich der Versicherten, bisher gegelten Wünsche zusammengefaßt haben, wobei noch darauf hingewiesen werden soll, daß außer den vorgesehenen Mindestleistungen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch die Befugnis gegeben werden soll, entsprechende Mehrleistungen unter Erhebung höherer Beiträge zur Krankenversicherung einzuführen. Dem Reichstage und der Regierung ist nun Gelegenheit gegeben, das vorgeschlagene Reformwerk zu prüfen. Hoffen wir, daß die späteren Verhandlungen zum Wohle der Versicherten sich gestalten mögen. An entsprechenden Begründungen usw. wird es nicht fehlen, und werden wir zu gegebener Zeit ebenfalls auf die Vorschläge nochmals zurückkommen.

Halle a. S. M. Gölbenberg.

Korrespondenzen.

Th. Berlin. Vereinsversammlung vom 7. Juni. In eingehender Weise berichtete Kollege Massini über die Verhandlungen des fünften deutschen Gewerkschaftskongresses, von dem Redner behauptete, daß er in jeder Beziehung seine Schuldigkeit getan habe, und wenn er auch nicht allen Wünschen Rechnung getragen, so hätte dies daran gelegen, daß die Delegierten in prinzipiellen Fragen, wie beispielsweise der Meister, keinen Auftrag hatten, Redner ging dann auf die einzelnen Tagesordnungspunkte des Kongresses wie die dazu gefaßten Resolutionen ein, um dann zum Schluß zu erklären, daß er auf dem Standpunkte stehe, daß die Masse eins sein müsse, wenn sie große Ziele erreichen wolle. In der sich anschließenden Diskussion nahmen die Redner den gleichen Standpunkt wie der Referent ein. Auf einen diesbezüglichen Antrag wurde zugesagt, daß eine der nächsten Versammlungen sich mit dem Thema: „Gewerkschaften und Genossenschaften“ befassen solle. Ueber Druckerverhältnisse war er freundschaftlich nichts Einschneidendes zu berichten, dagegen beschäftigte man sich aber mit den Angriffen, die gegen Berlin gerichtet würden. Auf die des Verbandesvorstandes in dessen Reichenschaftsberichte wird in Dresden eingegangen werden, aber gegen die Verlegung, wie sie von der gegenwärtigen Leitung des „Corr.“ getrieben, müssen man sich ganz energisch wenden. Nicht nur, daß eine jede Resolution, die dieser oder jener Ortsverein gegen Berlin faßt, gewissenhaft registriert wird, sondern die Hilfskraft in der Redaktion sucht auch in der gewerkschaftlichen Ueberblick einen Gegenstoß zwischen Gewerksammlung und Mitgliedschaft zu konstruieren und Zwietracht in die Reihen der Mitglieder zu tragen, indem eine Notiz Aufnahme fand (mit dem -ü-), die unter anderen Verhältnissen doch entschieden zurückgewiesen worden wäre. Weiter ist unser letzter Versammlungsbericht insofern verstimmt, als die Ausführungen betreffs der Firma Wizenstein unterdrückt wurden und von „angeblichen“ Missethänden betreffs der Lehrlinge berichtet wurde. Auf Reklamation wurde dem Schriftführer die Mitteilung, daß die alten Manuskripte, darunter auch das feine, bereits

vernichtet worden wären: es wurde aber bestätigt, daß die längeren Ausführungen über die Firma Wizenstein gestrichen und nur das Tatsächliche berichtet sei. Mit dem Verfasser der -ü-Notiz beschäftigte man sich nicht weiter, denn wer so - vorsichtig sei, trotz Aufforderung seinen Namen zu verschweigen, der sei auch nicht wert, daß sich die Verammlung mit ihm befasse. Den Arbeitslojen wurden je 3 Mk. zum Johannisfeste bewilligt. In der Versammlung kam noch die Bewunderung darüber zum Ausdruck, daß das Tarifamt dem § 6 des Tarifes eine Kommentierung gebe, die eine Verschlechterung bedeute, derartige Minderungen, die materieller Natur seien, wußte uns doch gesagt, könnten nur bei einer Tarifrevision Platz greifen. Der § 6 sei doch so klar gefaßt, daß eine solche Kommentierung überflüssig war. Demgegenüber betonte Kollege Giesecke, daß eine Regelung unbedingt eintreten mußte, da die Praxis zu Extremen geführt habe, die so nicht weiter bestehen dürfen. Von der Firma D. E. wurde angeführt, daß sie einen Lehrling über die Scala im Druckerfaale einstelle. Auf Beschwerde beim Schiedsgerichte verfiel dieses die Entfremdung des Lehrlings. Da nun auch die Scala für die Segelehrlinge voll ausgegütet war, so kam dieser Lehrling als Hausdiener in die Segeerei. Eine abnormale Beschwerde hatte kein Resultat, und erklärte Kollege Giesecke, daß es doch aber wirklich zu viel sei, vom Gehilfenvertreter zu verlangen, er solle gegen die Einstellung eines Kontordieners remonstrieren, und wenn hier auch angeführt sei, daß der Lehrling einen vom 1. April laufenden Kontrakt habe, so habe das Tarifamt kein Recht, sich die Lehrverträge vorlegen zu lassen und außerdem könne eine Firma auch nach drei Jahren einen Lehrling auslernen. Es wurde hierzu noch ausgeführt, daß man sich nicht gegen einen Kontordienere wende, sondern dagegen, daß ein solcher uns nach vier Jahren als Drucker präsentiert werde. Den Gehilfen werde jeder Fall vorgeführt, in dem sie sich nicht ganz zweifelsfrei benehmen, die Meister aber können sich alles erlauben. Der Festkommission wurde zur Arrangierung des Johannisfestes ein Vorschlag von 1000 Mk. bewilligt und dabei der Wunsch geäußert, daß die Personale zwei bis drei Stunden früher Feierabend machen möchten, damit ein richtiges edles Buchdruckerfest zustande käme. Ausgetreten die Sege Herrm. Jordan und Otto Meyer, desgleichen wegen Berufsveränderung die Drucker Paul Benedict und Fr. Wiegand. Ausgeschlossen der Sege Herrm. Winger nach § 5b des Statuts.

T.-b. Berlin-Wittenberg. Am 3. Juni hatten sich in der alten Lutherkirche Wittenberg die Vertreter der beiden größten Stereotypvereine, Leipzig und Berlin mit der Zentralkommission eingefunden, um die unerquickliche Angelegenheit der Tarifsache des Leipziger Stereotypvereins zu regeln. Anwesend waren von der Zentralkommission die Kollegen Teep und Troschke, vom Berliner Vereine Schellbach, Knoch und Hoffmann; vom Leipziger Vereine die Kollegen Eb. und Th. Basse, Dieze, Heitmann und Böhme. Der Leipziger Gauvorstand hatte den Kollegen Rost entsandt. In lebenswüßriger Weise hatten sich die Wittenberger Kollegen in den Dienst der guten Sache gestellt, wofür denselben, speziell den Kollegen Schutz und Nit, auch an dieser Stelle gedankt sei. Nachdem Kollege Teep als Obmann der Zentralkommission die Verhandlungen eröffnet, eruchte er den Kollegen Rost-Leipzig, als Unparteiischen der Sache, den Vorstoß zu übernehmen, was dieser mit dem Wunsche tat, daß die Verhandlungen eine Klärung des leidigen Zwistes herbeiführen und den zentralisierten Vereinen zum Vorteile gereichen mögen. Er bat beide Parteien rein sachlich zu bleiben und alles Persönliche wegzulassen. Zum Protokollführer wurde Kollege Troschke-Berlin bestellt. Es wurde sodann beantragt, das Protokoll ungekürzt im „Corr.“ zu veröffentlichen, doch wurde in Anbetracht dessen, daß die Sache noch unbedingt vor der Generalversammlung publiziert werden müßte, beschloßen, nur einen Auszug, wie üblich im „Corr.“ zu veröffentlichen. Zunächst erhielt nun Kollege Eb. Basse-Leipzig das Wort. Er bat die ganze Sache in zwei Punkte zu teilen. a) Ist dem Leipziger Tarif die Existenzberechtigung zuzugprechen? b) Der Streit mit der Zentralkommission. Kollege Th. Basse-Leipzig machte nun die Anwesenheit mit der Lage der Stereotypvereine und Galvanoplastiker Leipzigs vor Erscheinen des Tarifes vertraut. Er betonte dabei die Angelegenheit mit den Hilfsarbeitern und Arbeitsbeschwerden. Besonders triibe sah es zurzeit in den sogenannten Spezialoffizinen aus und mußte daran die Bemerkung, daß sich ein Kollege nach Leipzig, trotzdem er Verbandsmitglied war, für 17 Mark wöchentlich engagieren ließ. Nur durch das Dazwischentreten des Leipziger Stereotypvereinsvorstandes sei dieser Kollege mit 23 Mark entlohnt worden. (Nicht ein Beweis von der Notwendigkeit der Spezialvereine. D. Schrift.) Man sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß man auf alle Fälle etwas Positives schaffen und den Prinzipalen zeigen müsse, daß mit der Lotterwirtschaft auf jeden Fall zu brechen sei. Er brachte einen ziemlich umfangreichen Schriftwechsel der Leipziger Gehilfenkommission mit den Prinzipalen zur Verlesung, aus welchem hervorging, daß letztere sich, wie vorauszu sehen war, zu der Sache ziemlich kühl verhielten. Jedoch ließen die Leipziger Kollegen nicht nach und hatten nach geraumer Zeit die Ueberzeugung, ihren Tarif bei fast allen Firmen unterchristlich anerkannt zu sehen. Er glaubte auch, daß die Zentralkommission genau von den Verhandlungen in Leipzig unterrichtet sei. Vor allen Dingen sei es den Leipziger Kollegen darum zu tun gewesen, Ordnung in die dortigen Verhältnisse zu bringen. Teep-Berlin erklärte namens der Zentralkommission, daß

diese von den Verhandlungen nicht die geringste Ahnung hatte und ihr vom Kollegen Dieze-Leipzig derartige Informationen nicht zugestellt seien. Nachdem von fast sämtlichen Anwesenden in ausgiebigster Weise der Tarif besprochen resp. kritisiert war, war Punkt I erledigt und es trat eine Pause ein, während welcher das gemeinsame Mittagssmahl eingenommen wurde. Nach Wiereraufnahme der Verhandlungen hat Kollege Teep-Berlin ein präzises Eingehen auf die Sache selbst. Dieze-Leipzig, als damaliger Vorsitzender, erläuterte sodann die Sache mit der Zentralkommission. Er streifte einen (privaten) Besuch des Kollegen Schellbach-Berlin bei ihm, bei welcher Gelegenheit er diesem wohl einige Entwürfe mitgegeben habe in dem guten Glauben, dieser würde der Zentralkommission davon Kenntnis geben. Wederlicherweise habe Schellbach die Angelegenheit aber als private betrachtet und es unterlassen, der Zentralkommission die Sache zu unterbreiten. Er glaube seiner Pflicht als Vereinsvorsitzender der Zentralkommission gegenüber genügt zu haben, weshalb ihn keine direkte Schuld treffen könne. Auch entgegen der Behauptung des Gauvorstandes, Kollegen Engelbrecht-Leipzig, daß der Gauvorstand an den Tarifberatungen nicht teilgenommen habe, müsse er erklären, daß auch dieser immer genau auf dem Laufenden gehalten worden sei. Er sei von den Leipziger Kollegen fortwährend gedrängt worden, man habe sich sogar geäußert: „Wir machen die Sache auf eigene Klappe falls die Zentralkommission nicht mitmacht!“ Es dünne ihm aber heute allmählich die Erkenntnis, daß er wohl in Wittenberg das „Karmel!“ werden würde. Teep-Berlin erörterte nunmehr den Schriftwechsel zwischen dem Leipziger Vorstande und der Zentralkommission, woraus zur Evidenz hervorging, daß die Zentralkommission nur den Tarifentwurf am 15. Januar v. J. und trotz der Aufforderung des Obmannes vom 22. Januar um eine präzisere Auskunft am 20. Juni v. J. die Nachricht von der Einführung des Tarifes erhielt. Er jowohl, wie auch Troschke-Berlin, wenden sich entschieden gegen die Vorwürfe, daß die Zentralkommission der schuldige Teil sei. Bei dieser Gelegenheit wurden verschiedene Irrtümer durch Kollegen Rost-Leipzig aufgeklärt. Zu dem Flugblatte der Zentralkommission erklärte Kollege Heitmann-Leipzig, daß Kollege Neßhauser den Artikel der Leipziger Kollegen im „Corr.“ durchaus fernstehe. Auch er war der Meinung, daß die Schuld der Zentralkommission zuzuschreiben sei. Nunmehr gaben Kollegen Knoch und Schellbach-Berlin ihrer Meinung Ausdruck. Hierdurch wurde den Leipziger Kollegen das Unrichtige ihres Vorgehens vor Augen geführt. Nachdem nun noch auf verschiedene Ungelegenheiten in der „Corr.“-Redaktion hingewiesen wurde vom Kollegen Hoffmann-Berlin den Leipziger Kollegen der Vorwurf gemacht, daß sie den Kollegen Deutschlands hindernd im Wege ständen, wenn sie über die Zentralkommission hinweg derartige Sachen entrierten: Die Vorkommnisse betreffend die „Corr.“-Redaktion müsse er als ganz ungeheuerlich hinstellen und sie als eine Ankehlung der gesamten deutschen Gehilfenchaft betrachten. Da er nun die Ehre habe, als Delegierter zur Dresdener Generalversammlung zu kommen, so werde er dort die Sache vorbringen. Eb. Basse konnte nicht umhin, Dieze bei der Schuld indirekt zuzuschreiben, ebenso Th. Basse. Dieze gab zu, die Zentralkommission nicht korrekt auf dem Laufenden erhalten zu haben, will aber im guten Glauben gehandelt haben. Es kam folgende vom Kollegen Hoffmann eingereichte Resolution zur Abstimmung: „Die heute in Wittenberg tagende Zusammenkunft der Zentralkommission der Stereotypvereine und Galvanoplastiker Deutschlands mit Vertretern des Berliner Vereins, des Leipziger Gauvorstandes und des Leipziger Vereins konstatieren, daß die Zentralkommission in der Streitfrage des Leipziger Tarifes im Rechte ist, obwohl den Leipziger Kollegen zugesprochen werden soll, daß sie sich die größte Mühe gegeben haben, für Leipzig eine Besserung zu erzielen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf konstatierte Kollege Rost, daß somit die Angelegenheit erledigt und die Versammlung geschlossen werden könne. Er freute sich, daß die Verhandlungen objektiv und ohne alles Persönliche geführt worden seien. Kollege Teep richtete noch Worte des Dankes an Kollege Rost für seine unparteiische Leitung; ebenso dankt er den Wittenberger Kollegen für ihre Opferwilligkeit, die diese wiederum als selbstverständlich für das uns alle umfassende Band der Organisation betrachtet hatten. Mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker schloß abends 6 Uhr die Versammlung. Das ausführliche Protokoll wird in nächster Zeit sämtlichen Vereinen zur Einsicht zugehen.

Breslau. Zu der nur mit tariflichen Angelegenheiten sich beschäftigenden Allgemeinen Versammlung am 9. Juni wurde in erster Reihe die Frage erörtert: „Hat die Tarifgemeinschaft Fortschritte gemacht und haben wir ein Interesse an dem Weiterbestehen derselben?“ Eingangs derselben gab Gehilfenvertreter Schlag statistische Angaben über die Zunahme der tariffreien Firmen und Gehilfen, damit den ersten Teil der Frage bejahend. Im weiteren wies er auf die Streitigkeiten anderer Gewerkschaften hin, die uns zum großen Teile durch die Tarifgemeinschaft erspart geblieben seien; dadurch wäre es uns möglich, die schweren Opfer, die die technische Entwicklung uns auferlege, zu tragen. Den Staffeltarif betreffend habe die Statistik ergeben, daß der Satz: das Minimum sei zum Maximum geworden, nicht unbedingt zutrefte. Zu bedenken gebe die Lehrlingskata für Drucker Anlaß, da 44 Proz. Drucker gegen 23,18 Proz. Segelehrlinge vorhanden seien. Hier müsse ein Wandel eintreten. Redner hoffte, daß die nächsten Tarifberatungen das uns zu er-

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

herrschen das am hiesigen Orte bestehende Kartell. Gegenständig der in der letzten Versammlung (8. Juni) vorgenommenen Statutenänderung wurde von einem Vertreter der Antrag eingebracht, daß alle Delegierten durch das Statut verpflichtet werden, außer ihrer gewerkschaftlichen Organisation der politischen (?) angehören und gleichzeitig auch Abonnent des „Sächs. Volksblatt“ sein müssen. Obwohl von unsrer als auch von verschiedenen anderen Seiten das Unhaltbare eines derartigen Paragraphen nachgewiesen, wurde doch mit großer Mehrheit auf besonderen Antrag ein Beschluß protokolllarisch festgelegt, wonach die Mandatprüfungskommission außer der Prüfung der Mitgliedsbücher auch kontrollieren soll, daß alle Delegierten „möglicherweise“ parteipolitisch organisiert und Abonnenten des „Sächs. Volksblatt“ sind. Die „Gewinnungsrichterei“ soll sogar soweit getrieben werden, daß durch die einzelnen Gewerkschaftsvorstände festgestellt werden soll, wer von den Gewerkschaftsmitgliedern Abonnent der Parteipresse ist. Zweck dieser Zeilen soll nun sein, festzustellen, ob derartige Ansuchen auch von Seiten anderer Kartelle in die Delegierten gestellt werden, oder ob Plauen in dieser Beziehung an der „Spitze“ marschiert und vielleicht „vorbildlich“ für andere Kartelle sein kann.

e. Schlußwort. In der am 6. Juni abgehaltenen letzten Sitzung des Ortsvereins wurde nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten aus der Mitte der Versammlung der Wunsch laut, wie im vergangenen, so auch in diesem Jahre ein Johannisfest abhalten zu wollen und kam die Versammlung zu dem Beschlusse, ein solches am Sonntag, den 18. Juni, abends 1/8 Uhr im Etablissement „Sindenhof“ hier selbst, bestehend aus Konzert, Ball, Preis-schießen und Quadräteln zu begehen und sind hierzu sämtliche Kollegen aus den umliegenden Druckorten freundlichst eingeladen.

Stuttgart. (Maschinenmeisterverein.) Versammlung vom 4. Juni. Als Gäste waren sechs Kollegen aus Ludwigsburg anwesend. Am 21. Mai wurde in Ludwigsburg, diesmal auf Wunsch der dortigen Druckkollegen, durch unsern Vorsitzenden Haug ein Maschinenmeisterverein gegründet, derselbe zählt jetzt 15 Mitglieder. Bei der Stichwahl der Kandidaten zur Generalversammlung sind wir ungeahnt zur Seite geschoben worden; obwohl wir wußten, daß uns ein gewisser Teil unserer Segekollegen nicht gerade hold ist, so haben wir dieses Resultat, daß die Stuttgarter Maschinenmeister nicht einmal durch einen Delegierten vertreten sein sollen, nicht erwartet. Leider konnte auch nachgewiesen werden, daß eine größere Anzahl unserer Druckerkollegen der größten Druckerei am Plage ihre Pflicht nicht erfüllt hat, indem sie gar keine Stimmzettel abgegeben haben. Ein Redner brachte zum Ausdruck, daß dies Verhalten unserer Segekollegen sehr zu bedauern sei und werde dadurch das Verhältnis zwischen Sege und Drucker nicht gebessert; er spreche auch solchen Kollegen das Recht einer Vertretung ab, welche nicht mehr praktisch tätig seien. Ferner hob Redner hervor, daß unser Vorsitzender den Verein in jeder Hinsicht gut vertreten, und auch in allen gewerkschaftlichen Fragen sich sehr gut bewährt habe. Einstimmig wurde beschlossen, das diesjährige 8. Stiftungsfest als Familienfest mit Tanz abzuhalten. Die Ausgabe guter Farbendrucke war eine sehr reichhaltige, es waren schöne Dreif-, Vier- und Fünffarben-drucke von Autos in sehr großen Formaten ausgestellt, ebenso Sechsf- und Achtfarbenholzschnitte. Die Drucker der ersten genannten Arbeiten gaben hierzu ausführliche Erklärungen, die Befriedigung letztgenannter Arbeiten übernahm der Vorsitzende. Am Schluß wurde allen Rednern für ihre lehrreichen Aufklärungen der Dank der Versammlung gesendet.

Kindschau.

Ferien! Die seit mehreren Jahren in der Rannstatter Zeitung (W. m. b. H.) eingeführten dreitägigen Ferien wurden dieses Jahr für diejenigen Gehilfen, welche länger als zehn Jahre im Geschäft tätig sind, auf sechs Tage ausgedehnt, und kommen dadurch von zwölf Gehilfen sieben in den Genuß dieser Vergünstigung. — Die Firma Bernhard Scholten in Zibbeubüren i. W. gewährt ihrem Gesamtpersonal eine Sommerurlaub von einer Woche bei Fortbezahlung des vollen Lohnes.

Nobel! In Braunschweig bewilligte die größte Druckerei, Bieweg & Sohn, bekannt als mehrfache Millionärin, den Gehilfen, welche 20 (zwanzig) Jahre im Geschäft tätig sind, eine Woche Ferien. Ob die betreffenden Gehilfen diese Ferien vielleicht auch noch auf eigene Kosten machen dürfen, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Verbandsmitglieder werden von diesem Gnadenbeweise nicht betroffen, da die Firma „solche Leute“ prinzipiell nicht beschäftigt.

Auf dem Verbandstage der Buch- und Stein-druckerei-Gehilfen und -arbeiterinnen während der Pfingsttage in Halle a. S., an dem auch unser Hauptkassierer Eißler als Gast teil nahm, wurde Frau

Paula Thiede-Berlin als Vorsitzende und Leiterin des Organs („Solidarität“) wiedergewählt und mit 1800 Mk Gehalt fest angeheft. Auf den Kongreß gehen wir jetzt des näheren nicht ein, weil auf unsrer Generalversammlung infolge der Teilnahme beteiligter Führer aus jenen Kreisen eine gründliche Aussprache erfolgt.

Im „Typograph“ orakelt A. D. (Alexander Dahl) über den Köhler Gewerkschaftskongreß und „stellt fest“, daß der Buchdruckerverband nicht neutral sei, weil — Reichhäuser eine Stimme als Mitglied der Generalkommission erhalten habe. Müßten das Sempel sein, die sich durch die „Beweisführung“ eines Dahls noch einschüchtern lassen!

Der Buchdrucker tarif im Saargebiete. Eine sehr beachtende und andererseits erfreuliche Notiz folgenden Inhaltes veröffentlicht die in Saarbrücken erscheinende „Saarpfost“: „Allelei vom Buchdrucker tarife. Die Saarbrücker Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 145 eine Notiz: „Zu Dividenden der sozialdemokratischen Konsumvereine“ und knüpft am Schluß eine Redaktionsbemerkung an, die folgenden Wortlaut hat: „Bekanntlich geben alle staatlichen und kommunalen Behörden in den Saarstädten mit Ausnahme von Malsatt-Burbach ihre Druckaufträge nur an tarifreue Druckereien, um, soweit es an ihnen liegt, zur Aufrechterhaltung der zwischen den Arbeitgebern und -nehmern durch Tarifvertrag vereinbarten Löhne beizutragen usw.“ — Wir möchten hierzu ergänzend bemerken: Der zwischen den Prinzipalen und Gehilfen der deutschen Buchdrucker vereinbarte Lohn tarif, der alle entstehenden Differenzen auf friedlichem Wege ausgleicht, so daß Streiks fast ausgeschlossen sind, findet immer mehr Anerkennung auch bei dem Geschäfte treibenden Publikum, anderen Instituten und Körperschaften usw., welche dieser äußerst wohlthuenden Vereinbarung das nötige Verständnis und Interesse entgegenbringen. Um so mehr Bewunderung muß es hervorrufen, daß die hiesige Handelskammer einen großen Teil ihrer Druckaufträge an die nichttarifreue Druckerei von August Spieß in Malsatt-Burbach vergibt und auch ihr Organ, „Die Saarindustrie“ (redigiert von dem Syndikus der Handelskammer, Herrn Dr. Alex. Tille), ebenfalls in oben genannter Druckerei herstellen läßt, die sich bis jetzt als eine der größten Verächter des deutschen Buchdrucker tarifes aufgespielt hat. Herr Spieß, in dessen Verlage auch die Malsatt-Burbacher Zeitung“ erscheint, duldet in seinem Geschäft keine Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und hat noch vor nicht allzulanger Zeit fünf Mitglieder des Verbandes entlassen.“

Ein Fürst als Redakteur! Nach dem „Zeitungs-Verlag“ ist tatsächlicher Redakteur der „Glas Bernagora“ in Cetinje der Fürst von Montenegro. Das Wort König Humberts von Italien: „Wäre ich nicht König, so möchte ich Journalist sein!“ hat beim Schwiegervater seines Sohnes eine gute Stätte gefunden.

Während der Pfingstfeiertage trat in Lübeck der neunzehnte Berufsgenossenschaftstag zusammen. Dem Geschäftsberichte zufolge sind während der zwanzigjährigen Tätigkeit der Berufsgenossenschaften über eine Milliarde an Unfallschädigungen gezahlt worden. Die Zahl der Versicherten hat sich verdreifacht und beträgt jetzt 7 1/2 Millionen.

Militärische Ahndung des Streifbruchs. Der achtwöchige Ausstand der Zimmerer in Goslar brachte die Herren Meister auf die jetzt nicht mehr ungewöhnliche Idee, durch Vermittelung des dortigen Regimentsbureaus der 166er sich Streifbrecher anwerben zu lassen. Hier ist ihnen aber durch den Regimentskommandeur ein kalter Wasserstrahl zuteil geworden, indem der Oberst in der Paroleansgabe kurz und bündig befahl: „Wer bei einem Zimmerer- oder Maurermeister in Arbeit tritt, erhält drei Tage Arrest.“ Ein sich auf Pfingsturlaub befindender Soldat der Goslar Garnison hatte trotz dieses Verbotes und trotz eindringlicher Verwarnung seiner ehemaligen Kollegen Rauschreibdienste angenommen. Nachdem alle Mahnungen der Streifenden nichts nutzten und sich diese beschwerdeführend an das Regiment gewandt hatten, wurde der Rauschreiber sofort durch einen Sergeanten abgeholt und mußte nun den Urlaub bei „Muttern“ mit „Bater Philipp“ vertauschen. Die energische Handlungsweise des Herrn Regimentskommandeurs verdient alle Anerkennung und wir zu wünschen ist, daß allerorts ähnliche Anknüpfen ebenso korrekt und schneidig zurückgewiesen würden.

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln bestreitet, daß in Rheinfeld-Westfalen 30 000 Bauarbeiter ausgeperrt seien, und bezeichnet dies als „reporterischen Unfug“. Wir haben diese Notiz in Nr. 69 ebenfalls der Arbeiterpresse entnommen; die Tatsachen konnten wir natürlich nicht nachprüfen.

Auf der während der Pfingstfeiertage in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes kam es wegen der Haltung des Organs zu scharfen Angriffen auf die Redakteure Hue und Leimpeters. Des letztern Stellung zu der Mai-

feier gab einigen Radikalen noch besondere Veranlassung, Leimpeters an den Wagen zu fahren. So sagte u. a. Pokorny-Zwidau: „Der ganze Ton, den hierbei (bei der Maifeier. Red.) Leimpeters angeschlagen hat, war so, daß wir uns geschämt haben, mit ihm an einem Tische zu sitzen. (Was übrigens gar nicht der Fall war. Red.)... Es ist nicht bloß das Temperament, welches Leimpeters Streiche spielt, auch in ruhigen Stunden verfolgt er eine Richtung, die wir nicht mitmachen können... Die Botschaften sind mir lieber, als manchmal unser Freund Leimpeters... Leimpeters, Du hast Dich, seitdem Du Redakteur der Bergarbeiterzeitung bist, jüchthbar gemauert...“ „Wenn er, sagte Bartels-Dortmund, so weiter macht, so werden sich die Anträge auf Abhebung von Redakteuren wiederholen.“ Werner-Dortmund begründete den von den Botschaften in Dortmund gestellten Antrag, Hue abzusetzen. Er wolle nur die Gründe der Antragsteller entwickeln, die einmal in schlechter Behandlung der Botschaftenmitglieder durch die Redaktion, dann aber in der verdammt Neutralität Hues liegen. Die Mitglieder in Bittendortmund empfinden es als unangenehm, daß er niemals jagt, wir sind Sozialdemokraten. Kerping-Marten hat um Einsetzung einer Preßkommission. Sie würde auch auf eine andre Haltung der Redaktion in der Maifeierfrage dringen. Wollte wirklich die Redaktion auf ihrem alten Standpunkte bleiben, so möge sie hingehen, wo der Pfeffer wächst. — Bei der Abstimmung wurden die Anträge auf Abhebung Hues und Einsetzung einer Preßkommission mit großer Mehrheit abgelehnt. Eine Resolution, die beantragt, „den Standpunkt des Delegierten Leimpeters in der Maifeierfrage nicht gutzuheißen“ — also die „Kabinettsfrage“ — wird gegen 46 Stimmen (von 152 Delegierten) abgelehnt. Ein Antrag, daß die wegen der Maifeier genutzten Mitglieder eine Gemäßigtenunterstützung erhalten sollen, wurde in namentlicher Abstimmung gegen 29 Stimmen abgelehnt. Unter lebhaftem Beifalle wurde noch ein Antrag angenommen, den Angestellten und Agitatoren des Verbandes die Agitation gegen den Alkohol zur Pflicht zu machen.

Der Arbeiter-Turnerbund hielt während der Pfingstfeiertage seine siebente Generalversammlung in Berlin ab. Erschienen waren 14 Verwaltungs- resp. Vorstandspersonen, 13 Kreis- und 32 Bezirksvertreter sowie 135 Vereinsdelegierte. Der Arbeiter-Turnerbund zählt in 14 Kreisen und zwei kreislosen Bezirken 828 Vereine mit 65 673 Angehörigen und 5760 Schülern. Seit dem 1. Januar dieses Jahres seien aber schon 82 Vereine mit 3651 Mitgliedern beigetreten. — Der Kassenbericht für das 12. Geschäftsjahr bilanziert in 21566,65 Mark Einnahmen und 13718,44 Mk. Ausgaben, so daß ein Ueberschuß von 7868,21 Mk. zu verzeichnen ist. — Das Organ des Bundes, die „Arbeiterturnzeitung“ erscheint vierzehntägig in einer Auflage von 42 000 Exemplaren. Aus dem Berichte der einzelnen Kommissionen war zu entnehmen, daß das Verhältnis mit dem bisherigen Drucker (unser Kollege Rauch in Leipzig) der „Arbeiterturnzeitung“ unhaltbar geworden war, und der Vorstand hatte, entsprechend einem früheren Beschlusse, von Leipzig, Dessau, Dresden und Berlin diesbezügliche Resolutionen vorgelegt. Allgemein befreudete der horrende Unterschied zwischen den Kalkulationen der einzelnen Geschäfte. (Ob die Herren dazu befähigt waren, diesen „horrenden Unterschied“ sachmännlich festzustellen, wird nicht gesagt. Red.) Für dasselbe Objekt verlangte Berlin 760 Mk., Dresden 584 Mk., Leipzig 677 Mk. und Dessau 590 Mk. Nach teilweise sehr erregter Debatte wurde der Sitz der Verwaltung in Leipzig belassen und der Druck der Zeitung der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ übertragen.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter-Abstinententag fand während der Pfingstfeiertage in Berlin statt. Erschienen waren 22 Delegierte. An Mitgliedern hatte der Bund am 1. April 1905: 1135 männliche und 166 weibliche. Das Bundesorgan, der „Abstinent Arbeiter“ hat eine Auflage von 2600 Exemplaren.

Briefkasten.

H. L. in Gotha: Werden eventuell nach der Generalversammlung Ihre Anregungen berücksichtigt. — F. S. in Biebrich: Kann aus taktischen Gründen nicht veröffentlicht werden. Sehen Sie sich vorher mit dem Tarifamte in Verbindung und teilen Sie ihm mit, welche Gründe Sie bei Ihrer Beschwerde leiteten. — L. H. in Leipzig: Ihr Inferrat kam für die Sonnabendnummer zu spät; es sollte doch bekannt sein, daß Postfächer, welche Publikationen usw. für die Sonnabendnummer enthalten, spätestens Donnerstag mittag um 1 Uhr in unseren Händen sein müssen. — E. Sch. in Dresden: Wie vorstehend; Ihre Karte ist am 15./VI. zwischen 9 bis 10 Uhr vormittags in Dresden postlich abgestempelt und traf hier nachmittags um 4 Uhr ein. — R. St. in Ghusum: Ein krankes Mitglied ist aber darum doch immer noch Mitglied, weshalb diesem wohl die statutarischen Rechte nicht genommen werden können. — H. F. in

Mürnberg: Zur Veröffentlichung Ihres Berichtes bedarf es der Bestätigung des Ortsvorstandes, weshalb Sie sich mit diesem — dem inzwischen das Manuskript zugegangen — in Verbindung setzen wollen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.
Odergau. Abschluß für das 1. Quartal 1905. Verbandskasse: Eintrittsgeld 62 Mk., Beiträge 18 285,30 Mk., Ordnungstrafen 12,50 Mk., Rückzahlung 30,80 Mk., Vorschuß 2439,25 Mk., zusammen 20 829,85 Mk.; Reiseunterstützung 1199,86 Mk., Arbeitslosenunterstützung 2008 Mk., Umzugskosten 296 Mk., Krankengeld 3896,75 Mk., Invalidenunterstützung 762 Mk., Begräbnisgeld 150 Mk., Agitationskosten 10,10 Mk., 3 Proz. Verwaltungskosten 550,80 Mk., an die Hauptkasse eingekandt 9056,34 Mk., zurückbehaltener Vorschuß 2900 Mk., zusammen 20 829,85 Mk. — Zentralexvalidenklasse in Sig.: Vorschuß 61,40 Mk., Zuschuß 800 Mk., zusammen 861,40 Mk., Unterstützung an 8 Invaliden 721 Mk., Verwaltungskosten 16 Mk., zurückbehaltener Vorschuß 124,40 Mk., zusammen 861,40 Mk. — Gaukasse: Bestand 6279,88 Mk., Beiträge 2492,95 Mk., Ordnungstrafen 1,50 Mk., Remuneration aus der Verbandskasse 550,80 Mk., aus der Zentralexvalidenklasse 1,50 Mk., zusammen 9341,13 Mk., Gauzuschuß 579,75 Mk., Remuneration 437,94 Mk., Porto 233,61 Mk., „Corr.“ 6,16 Mk., Rückerstattung 66 Mk., Agitations- und Reisekosten 105,50 Mk., an die Bergarbeiter 200 Mk., Diplom mit Druck usw. 16,75 Mk., Schreibmaterial, Bücher usw. 12,65 Mk., Bestand am 1. April 1905 7682,77 Mk., zusammen 9341,13 Mk. — Bewegungssatistik: Bestand 1355, neu eingetretene 55, wieder eingetretene 15, zugereist 222; abgereist 277, ausgesetret resp. vom Verufe abgegangen 5, ausgeschieden 11, gestorben 1 Invaliden; Mitgliederbestand 1354 am Ende des 1. Quartals. Es feierten 1587 Mitglieder 16 623 Wochen in 97 Druckorten. — Arbeitslos waren 124 Mitglieder 2472 Tage, krank 152 Mitglieder

3021 Tage. — Strafen wurden verhängt über 2 Mitglieder in Stettin, 1 in Jossen. — Umzugskosten erhielten ausgezahlt: 2 Mitglieder in Stettin, 1 in Sorau, 1 in Frankfurt a. O., 1 in Guben, 2 in Jossen, 1 in Spandau, 1 in Kolberg. — Revidiert und nach Nichtigbefund eingekandt am 9. Juni.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Aachen die Seher 1. Josef Zimmermann, geb. in Aachen 1887, ausgel. das. 1905; 2. Karl Koch, geb. in Aachen 1872, ausgel. das. 1888; 3. Durin Wachten, geb. in Aachen 1880, ausgel. das. 1898; 4. Friedrich Denker, geb. in Aachen 1880, ausgel. das. 1900; 5. Max Arnwiz, geb. in Stolberg 1881, ausgel. das. 1899; 6. Arnold Fien, geb. in Aachen 1885, ausgel. das. 1903; 7. Ewald Rogel, geb. in Aachen 1886, ausgel. das. 1904; 8. der Drucker Heinrich Kreuz, geb. in Düren 1887, ausgel. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder; 9. der Seher Josef Schütze, geb. in Aachen 1872, ausgel. das. 1890; war schon Mitglied. — In Düren der Drucker Josef Segschneider, geb. in Krefeld 1887, ausgel. in Düren 1905; war noch nicht Mitglied. — In Schleiden (Eifel) der Drucker Heinrich Fahner, geb. in Hiperode 1885, ausgel. in Eifelwege 1903; war noch nicht Mitglied. — Ambr. Wilms in Aachen, Adalbertstraße 55.

In Augsburg die Seher 1. Josef Albold, geb. in Landskühn 1875, ausgel. in Regen 1892; 2. Max Kühling, geb. in Tiesau 1882, ausgel. in Leipzig 1900; 3. Eber Steinle, geb. in Freudenrieden 1876, ausgel. in Oberdorf 1893; waren schon Mitglieder; 4. Josef Glück, geb. in Krumback 1877, ausgel. das. 1893; 5. Georg Haller, geb. in Amberg 1872, ausgel. das. 1893; 6. Leonhardt Maber, geb. in Augsburg 1880, ausgel. das. 1898; 7. Simon Schuster, geb. in Pfersee 1875, ausgel. das. 1895; waren noch nicht Mitglieder. — In Launing der Faktor Heinrich Wepfer, geb. in

Walen 1869, ausgel. das. 1886; war schon Mitglied. — In Würzburg 1. der Seher Franz Brand, geb. in Heibingfeld 1884, ausgel. in Würzburg 1901; 2. der Stereotypenur August Müller, geb. in Hildesheim 1887, ausgel. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Josef Seig in München, Auenstraße 22, I.

In Bielefeld der Seher Friedr. Rüdke, geb. in Alt-Bensdorf 1875, ausgel. in Genthin 1893; war schon Mitglied. — In Deynhäuser der Schweizerbegeben Oskar Pöpsel, geb. in Langenbielau 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — D. Witow, Bielefeld, Hermannstr. 61.

In Witaun die Seher 1. Hans Albert Schneider, geb. in Witaun 1880, ausgel. in Mülßen (St. F.) 1898; war schon Mitglied; 2. Ernst Emil Filling, geb. in Wildenfels 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Malienstraße 41, II.

In St. Gallen (Schweiz) der Seher Karl Holz, geb. in Frankenbach 1876, ausgel. in Heilbronn 1894; war schon Mitglied des deutschen Verbandes. — Ernst Blaier in Bern, Schiffstraße 36.

In Kopenhagen der Seher Chr. Lyffe, geb. in Hadersleben 1870, ausgel. das. 1889; war schon Mitglied im Verbands der Deutschen Buchdrucker. — Witor Peterjen, Nybrogade 12 K.

Arbeitslosenunterstützung.

Regensburg. Während meiner Abwesenheit vom 18. Juni bis mit 2. Juli vertritt die Stelle als Reisekasseverwalter der Kollege Josef Paulus und bleibt die Auszahlung wie auf der Legitimation vermerkt ist.

Spandau. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich der Vertreter für sämtliche Gewerkschaften bei August Weiler (Wäckerherberge), Südenstraße 11, befindet. Dasselbst liegt der „Corr.“ aus.

— Zweck Festnahme des Seher's A. Graumann aus Kolberg, welcher in der Druckerei von Stüdrath visitierte und hierbei einen Sommerpaletot entwendete, werden die Herren Kollegen gebeten, denselben anzufassen und an die Polizeibehörde anzuliefern.

Dresden. Sonntag den 25. Juni, vorm. 11 Uhr! Dresden.

Allgemeine Maschinenmeisterversammlung

im großen Saale des „Volkshauses“.

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben des Deutschen Maschinenmeistertages 1906. Ref.: Kollege Franz Kräfte aus Berlin; 2. Diskussion hierzu.

Alle Maschinenmeister Dresdens und der umliegenden Druckorte werden zu dieser Versammlung eingeladen und erwartet bei der Wichtigkeit der Tagesordnung einen zahlreichen Besuch
Der Einberufer. 1897

Internationale Zeitungs-Ausstellung

vom 18. Juni bis 2. Juli 1905 im Buchgewerbehaus Leipzig, Dolzstrasse. Geöffnet jeden Tag von morgens 9 Uhr ununterbrochen bis abends 6 Uhr; Sonntags von 1/2 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Eintritt frei.

Zur Ausstellung gelangen: Zeitungen, Zeitschriften, Journale, Mode-, Witz-, Fach- und Gewerkschaftsblätter aller Länder und empfehlen wir allen Kollegen, diese interessante Ausstellung zu besuchen.

Kommission der Drucker und Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe zu Leipzig (Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker). [282]

Achtung Kollegen! Zum Johannisteste erscheint: Das Härtel-Denkmal

mit den niedergelegten Kranzspenden im feinsten Handkolorit. Bitte um sofortige Aufgabe der Bestellungen, um rechtzeitig und prompt liefern zu können. Preis: 1 Stck. 10 Pf. Wiederverkäufer, Bezirksvereine usw. bedeutenden Rabatt. Karl Linke, Leipzig-Stötteritz, Molkauerstrasse 19.

Bitte

die Herren Kollegen höchst, mir solche Firmen nachhaft zu machen, die Notationsmaschinen im Vertrieb haben, um denselben Muster meiner neuen, **imprägnierten Notationsbänder** bei denen das Schmieröl ausgetrieben ist, zukommen zu können. Auf Wunsch wird Porto vergütet. [281] **Herrn. Grösch, Maschinenmstr., Walen, Mittb.**

Johannistfest 1905.

Gutenbergsbüste, 70 cm hoch, Gips . . . 20 Mk. Eisenbeinmaße 40 Mk. Konfols dazu, Gips 5 Mk., Eisenbein, 10 Mk. Riste und Verpackung 3 Mk. Graphische Verlags-Anstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S., Körnerstrasse 7. [284]

Frankfurt am Main.

Bringe Hiernit den organisierten Buchdrucker Frankfurts sowie jedem Buchreisenden meine aufs modernste eingerichteten Lokalfakten [202]

Gasthaus „Zum Gutenberga“

(Görzstr. 25) in der Nähe des Gewerkschaftshauses in empfehlernde Erinnerung. — Billige Nachtquartiere. Für gute, billige Speisen u. Getränke ist bestens Sorge getragen. „Correspondent“ liegt auf.

Peter Radig, früherer Verkehrsdiener. Möchte die Herren

Hermann Weiersbach aus Zurlieben und **Eduard Wintrich** aus Wetzlar a. d. R., Schriftföher, bitten, ihre Adressen einzusenden nach Göttingen. [289]

Herrn. Achilles, Gasthaus „Zur Traube“.

Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen:

Anhang zum Parife

von **Konrad Eichler**, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf. Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber dieses B. beziehen. In Worte wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beifügen.

Bezugspreis des Corr.

Bei allen Postämtern in Deutschland und Desterreich viereljährlich 0,65 Mk. in Desterreich-Ungarn und dem übrigen Auslande ist der Bezugspreis bei den Postanstalten zu erfahren. — Unter Band nach Deutschland und Desterreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Auslande 2,50 Mk. bei wöchentlich einmaliger Zustellung (3 Nummern zusammen) nach Deutschland und Desterreich 1,00 Mk., dem übrigen Auslande 1,25 Mk.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Unabhängig: Clara verw. Härtel) Kohlgartenstrasse 45 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Unterrichtsbücher für Buchdrucker. Serie A, 30 Briefe für Seher, Serie B, 30 Briefe für Drucker. Zu einzelnen A Brief 75 Pf., im Abonnement A Brief 50 Pf., bei Bezug von 6 Briefen Abonnementspreis.

Reichhandlung für die organisierten Buchdrucker. Mit einer Karte von Deutschland. Neu bearbeitet von Konr. Eichler. Preis 1,50 Mk. Die deutsche Interpunktion und der Gebrauch der mit ihr verwandten Satzzeichen von W. Gollnow. 80 Pf.

Praktische Rüste für Maschinenmeister usw. von Joh. Schorer. 1 Mk. **Krapf, Gutenberg.** Zeitpiel. 50 Pf.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.
Sonntag, 25. Juni
Johannistfest
in „Stübens Volksgarten“, Am Reiherrstieg.
Gartenkonzert, Spiele für Damen und Herren, grosses Kindervergnügen, Tanz, Feuerwerk.
Fahrgelegenheit mit den Dampfern der Harburger Linie vom Baumwall. Die ersten beiden Dampfer fahren mit Musik um 2 Uhr. Dann alle halbe Stunden.
Fahrpreis à Person 10 Pf. bis Station Wettern, bei günstigem Wasserstande bis „Stübens Volksgarten“.
Rückfahrt der Dampfer bis 2 1/2 Uhr nachts. Ausserdem Fahrgelegenheit mit der elektrischen Bahn nach Harburg.
Mitglieder und deren Damen frei. Die Festkarte legitimiert.
Einführungskarten: Herren 75 Pf., Damen 50 Pf., sind im Vereinsbureau und bei den Mitgliedern des Vergnügungsausschusses zu haben. Im Lokale findet keine Kasse statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht [290]
Der Vergnügungsausschuss.

Schnellpresse (König & Bauer), gut erhalten, Fabr. 68/80 cm, sofort gegen Kasse für den billigen Preis von 2500 Mk. zu verkaufen. Näheres unter K. A. postlagernd Hauptpostamt Leipzig. [276]

Wer ist in der Lage — gegen Vergütung — einem Laien genaue Anweisung zu geben, wie Zeichnungen bzw. Illustrationen vermittle ansatzlosem Verlaufe auf Stahl walzen geätzt werden? Werte Offerten unter Nr. 278 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [280]

Eikt!

Zum Verlaufe von **Figarzen** an Wirtz usw. wird ein tüchtig Agent gesucht, gleich wo wohnt, halt. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Kleck & Co., Hamburg.

Ein jüngerer, tüchtiger

Stempelschneider

der in Zeug- und Stahlarbeiten bewandert ist, wird unter günstigen Bedingungen gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen und Abschriften selbstgefertigter Arbeiten erbitten an [285]

Schriftgießerei Hinrich, Frankfurt a. M.

Tüchtiger

Maschinenmeister

für Schnellpresse und Siegel sofort gesucht. [283] Leipzig. **F. A. Brockhaus.**

Ein tüchtiger

Galvanoplastiker

welcher selbständig Prägen u. Abbeden kann, wird sofort gesucht. [281] **H. A. Humrich & Co., Leipzig, Teubnerstr. 11.**

Schriftgießereifaktor

in allen Fächern bewandert, auch mit der Stereotypie und Galvanoplastik vertraut und mit guten Zeugnissen versehen, wünscht sich baldigst zu verändern. Selbiger würde auch erste Stelle einer Hausgießerei annehmen. Werte Off. unter M. S. 288 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Linotype-Geher

mit neuestem System vertraut, geschickt und zuverlässig, der englischen Sprache mächtig, verheiratet, sucht sofort Kondition. Werte Offerten unter W. Sch. 280 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Verfetter russischer Seher

im Griechischen u. sämtlichen Slavischen Sprachen bewandert, sucht per sofort dauernde Kondition. Werte Offerten u. S. 291 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Konrad Eichler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Fremdwörter können nicht berücksichtigt werden. Die Geschäftsstelle des Corr.